

Anfrage öffentlich	Datum 22.09.2011	Nummer F0156/11
Absender Stadtrat Matthias Gärtner		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 22.09.2011	
Kurztitel Maßnahmen für längeren Stromausfall		

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aus einem Bericht des Bundestags-Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17/5672) geht hervor, dass ein mehrtägiger Stromausfall einer „nationalen Katastrophe“ gleichkäme. Das Szenario des Ausschusses zeigt, dass auf Grund der fast vollständigen elektrischen Durchdringung der Arbeits- und Lebenswelt ein „Kollaps der Gesellschaft“ drohe. Ursachen eines solchen Stromausfalls können bspw. Wetterkatastrophen sein, die das Stromnetz mehrtätig außer Betrieb setzen. Dass so ein Ereignis auch unsere Breiten treffen kann, zeigt das vor wenigen Tagen über den Salzlandkreis ergangene Unwetter. Nur wenige Gemeinden und Städte sind sich dieser potentiellen Gefahr bewusst und haben entsprechende, politische Maßnahmen getroffen. Ich habe daher folgende Fragen:

1. Welche Katastrophenpläne für Magdeburg gibt es hinsichtlich eines längeren Stromausfalls? Welche städtischen Stellen sind für die Erarbeitung und Aktualisierung o.g. Pläne zuständig? In welchem Rhythmus werden diese aktualisiert? Wann war die letzte Aktualisierung?
2. Gibt es seitens der Stadt eigenständige Vorkehrungen zur Sicherstellung der Lebensmittel- und Trinkwasserversorgung in einem Katastrophenfall? Welche Stellen sind ggf. dafür zuständig?
3. Inwieweit sieht sich die Magdeburger Polizei bei einem länger anhaltenden Stromausfall imstande, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten?
4. Wie soll im Katastrophenfall die Information (Verhaltensregeln, Gefahren) der Magdeburger Bevölkerung erfolgen?
5. In welchem Rhythmus finden Stabsübungen der Stadtführung unter Beteiligung von Feuerwehr, THW, Polizei und Verkehrsbetrieben statt? Wann fand solche Übung zuletzt statt?
6. Welche Notfallvorkehrungen gibt es in Krankenhäusern bei einem mehrtägigen Stromausfall? Wie lange können dort Intensivbetten betrieben, Dialysepatienten usw. versorgt werden?

Für nähere Informationen liegt der Bericht des Bundestags-Ausschusses der Anfrage bei.

Matthias Gärtner